

PRESSEMITTEILUNG

SM

RKI-Zahlen zu Hitzetodesfällen: Drese sieht Hitzeschutz als wichtige Daueraufgabe

Angesichts der heute vom Robert Koch-Institut (RKI) veröffentlichten Schätzung von bundesweit rund 9.800 hitzebedingten Todesfällen seit Jahresbeginn hat Gesundheitsministerin Stefanie Drese die Bedeutung eines konsequenten gesundheitlichen Hitzeschutzes hervorgehoben. „Diese Zahlen erschrecken und machen deutlich, dass es längst nicht mehr um einzelne Wetterphänomene geht, sondern Hitze ein ernstzunehmendes Gesundheitsrisiko ist. Unsere Aufgabe muss es daher sein, den gesundheitlichen Hitzeschutz konsequent weiter auszubauen und gleichzeitig auch das Bewusstsein für Hitzegefahren in der Bevölkerung zu schärfen“, so Drese.

So seien laut Angaben des RKI bereits jetzt mehr Menschen infolge hoher Temperaturen gestorben, als in jedem einzelnen Gesamtjahr seit 2016. „Es wäre dabei ein Irrglaube zu denken, dass wir nur aufgrund unserer geografischen Lage als nördlich gelegenes Bundesland von dieser Entwicklung verschont bleiben“, mahnte Drese. Schon jetzt seien längere Hitzeperioden wie gerade erst zu Pfingsten oder Ende Juni, tropische Nächte und Temperaturen über 30 Grad in Gebäuden keine Seltenheit mehr.

Mecklenburg-Vorpommern sei in diesem Fall sogar besonders betroffen, betonte die Ministerin. „Denn zu den Risikogruppen gehören neben Schwangeren, Stillenden, Kindern und Beschäftigten, die schwer körperlich arbeiten, nämlich vor allem auch Ältere und chronisch Kranke, die einen großen Teil unserer Bevölkerung ausmachen“, so Drese.

Mecklenburg-Vorpommern habe sich deshalb schon vor mehreren Jahren auf den Weg gemacht, um die Hitzeprävention zu stärken. „Zuletzt haben wir als eines von nur wenigen Bundesländern etwa einen eigenen gesundheitsbezogenen Hitzeschutzplan erarbeitet. Als

Schwerin, 30. Juli 2026

Nummer: 181

Ministerium für Soziales,
Gesundheit und Sport
Mecklenburg-Vorpommern
Werderstraße 124
19055 Schwerin
Telefon: 0385 588-19003
E-Mail: alexander.kujat@sm.mv-regierung.de
Internet: www.sozial-mv.de

V. i. S. d. P.: Alexander Kujat

praxisnahe Handreichung soll dieser Kommunen, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und weitere Akteure dabei unterstützen, gesundheitliche Gefahren zu minimieren“, erklärte die Ministerin.

Kernelemente seien unter anderem die zentrale Koordinierung und die Nutzung von Hitzewarnsystemen, Hinweise zur Kommunikation mit den besonders vulnerablen Gruppen sowie langfristige Maßnahmen im Bereich der Städteplanung und des Bauwesens. Hinzu kommen Empfehlungen für die Arbeitsumgebung sowie die allgemeine Bevölkerung, etwa in den Bereichen Ernährung, Aktivitäten, Medikamente und UV-Schutz.

Erstmalig habe es in diesem Jahr zudem ein landesweites Hitzeschutzsymposium gegeben, bei dem sich rund 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Kommunen, Gesundheitsämtern, Verbänden sowie aus den Bereichen Gesundheit, Pflege und Wissenschaft zum Thema ausgetauscht haben. „Es hat sich in den vergangenen Jahren also viel getan beim Hitzeschutz und ich freue mich, dass die Akteure im Land gemeinsam an einem Strang ziehen“, so Drese.

Das langfristige Ziel müsse es aus Sicht der Ministerin aber sein, Hitze deutschlandweit auch systematisch in Krisenvorsorge, Gesundheitsversorgung und Katastrophenschutz zu integrieren. Eine Forderung, die sie zuletzt auch mit dem Bündnis „Gemeinsam vorsorgen gegen Extremhitze“ in Berlin platziert hatte. „Denn eines ist klar: Hitze ist eine der größten gesundheitlichen Herausforderungen des Klimawandels und auf diese Daueraufgabe müssen wir uns einstellen.“